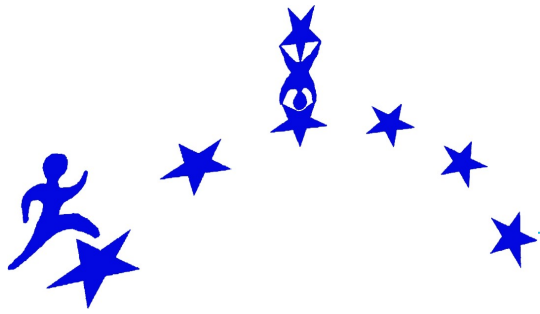


Plutokratie statt Demokratie

***Wie transnationale Verträge
Demokratie und Rechtsstaat
zersetzen zugunsten der 0,1 %***

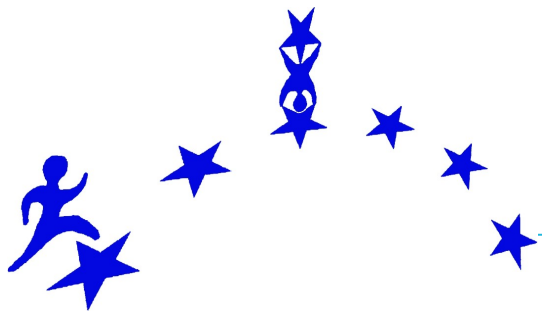
***Elke Schenk
Attac und GlobalCrisis-Recherche
Reutlingen, 16.10.2013***



»Es herrscht Klassenkrieg, richtig, aber es ist meine Klasse, die Klasse der Reichen, die Krieg führt, und wir gewinnen«,

sagte Warren Buffett, mit über 60 Milliarden Dollar Privatvermögen einer der reichsten Männer der Welt, 2006 in einem Interview.

(zit. nach Hans-Jürgen Krysmanski)



Ringburg der Machteliten



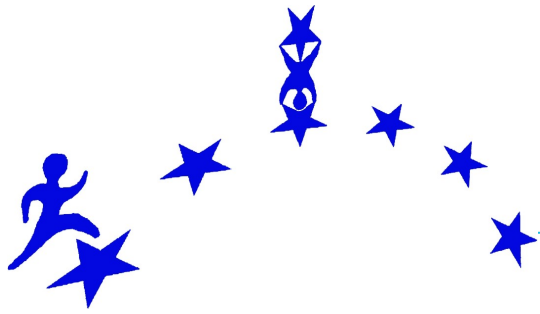
Hans-Jürgen Krysmanski: 0,1 %. Das Imperium der Milliardäre. Frankfurt 2012



Gargantua.

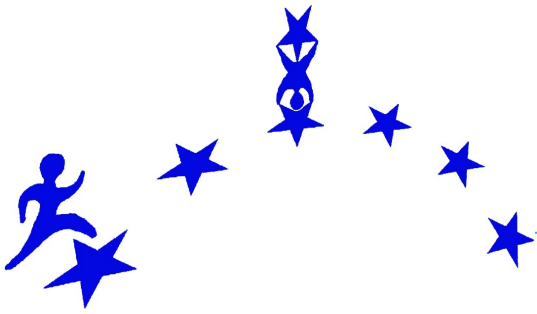
1851-54

Lith. de Delaunay



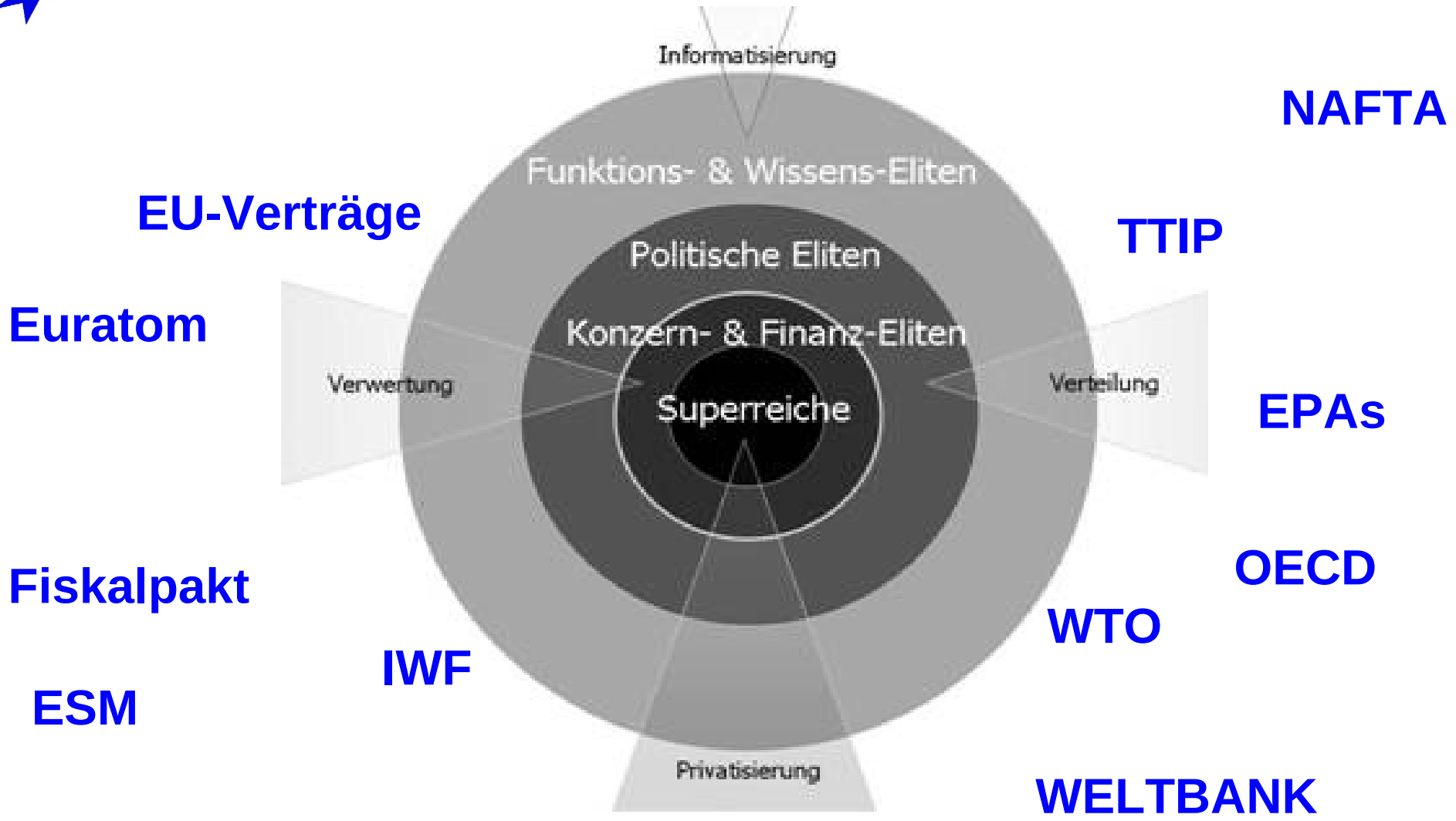
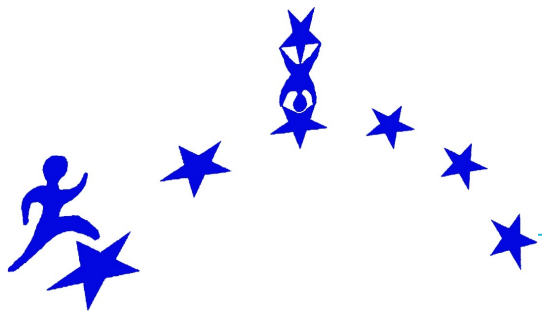
Die Probleme Europas gründen im Aufstieg der Volkssouveränität und demokratischer Kontrolle über die Wirtschaftspolitik. Eine europäische Föderation könnte den „demokratischen Weg in die Knechtschaft“ versperren. Die Staaten würden vertragliche Verpflichtungen zur Beendigung öffentlicher demokratischer Kontrolle über die Wirtschafts- und Sozialpolitik eingehen.

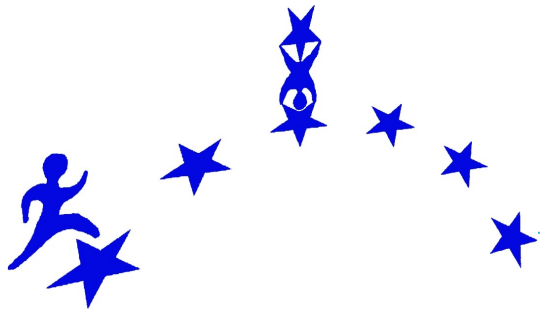
(nach Friedrich August von Hayek, 1939)



„Wir leben ja in einer Demokratie und sind auch froh darüber. Das ist eine parlamentarische Demokratie. Deshalb ist das Budgetrecht ein Kernrecht des Parlaments. Insofern werden wir Wege finden, die parlamentarische Mitbestimmung so zu gestalten, dass sie trotzdem auch marktkonform ist, also dass sich auf den Märkten die entsprechenden Signale ergeben.“

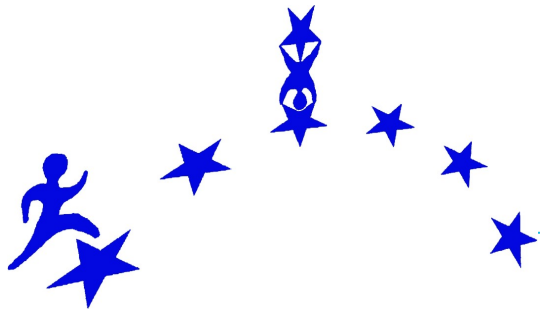
(Bundeskanzlerin Merkel, 1.9.2011)





„Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten ab, was passiert. Wenn es dann kein Geschrei gibt und keine Aufstände, machen wir weiter, Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.“

(Jean-Claude Juncker in einem Spiegel-Interview 1999)



Binnenmarktartikel

„Der Binnenmarkt umfasst einen Raum ohne Binnengrenzen, in dem der freie Verkehr von Personen, Dienstleistungen, Waren und Kapital gewährleistet ist.“

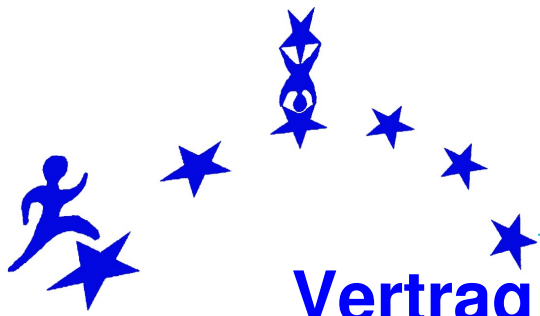
(Art. 26 (2) AEUV)

= sog. Grundfreiheiten im Binnenmarkt = faktisch oberster Vertragsgrundsatz, dem alle anderen Anliegen (soziale, demokratische, ökologische) untergeordnet werden.



In seinem Urteil in der Rechtssache Laval erklärte der EuGH „dass ein Ausschluss der Anwendbarkeit der Grundfreiheiten des EG-Vertrages im Interesse eines effektiven und umfassenden Grundrechtsschutzes auf ein vom Gemeinschaftsrecht nicht vorgesehenes Hierarchieverhältnis hinauslaufen würde“. (Vgl. auch Art. 6 VvL)

Das EU-Recht hat Vorrang vor jedem (!) nationalen Recht, auch den Verfassungen. Der EU-Vertrag sei eine „autonome Rechtsquelle“, der „keine wie immer gearteten innerstaatlichen Rechtsvorschriften vorgehen können“. (Anhang zum Lissabonvertrag, Erklärung zum Vorrang (Nr. 17))



Enteignung statt Rettung

Vertrag über finanzielle Unterstützung zwischen Griechenland und den Staaten der Eurozone:

- Zugunsten der Gläubiger ist das gesamte griechische Staatsvermögen gebunden, unabhängig davon, ob es sich um bewegliches oder unbewegliches Vermögen, Geldwerte oder Edelmetalle, um oberirdische, unterirdische, im Meer oder im Meeresboden vorhandene Quellen nationalen Reichtums handelt.**
- Die Ansprüche der Arbeitnehmer und Sozialversicherten sind nachrangig zu behandeln.**
- Der Staat übt Einreदेverzicht, um die Pfändung des hoheitlichen Eigentums zu ermöglichen.**

(Quelle: Kassimatis, in Widerspruch 61, 2/2011, S. 52)



„Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“

“Die Nationalstaaten (sollen) Abkommen und Verträge mit der EU-Kommission schließen, in denen sie sich jeweils verpflichten, Elemente der Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, die in diesen Ländern noch nicht dem notwendigen Stand der Wettbewerbsfähigkeit entsprechen. Dabei wird es oft um Dinge wie Lohnzusatzkosten, Lohnstückkosten, Forschungsausgaben, Infrastrukturen und Effizienz der Verwaltungen gehen – also um Dinge, die in nationaler Hoheit der Mitgliedstaaten der Europäischen Union liegen.“

„Die Besten als Vorbild“ Rede von Bundeskanzlerin Merkel beim Jahrestreffen 2013 des World Economic Forum, Davos 24.01.2013

<http://www.bundestkanzlerin.de/Content/DE/Reiseberichte/2013-01-24-davos.html>



OECD-Kodizes 1961

„Die OECD-Liberalisierungskodizes sind Rechtsinstrumente mit Verhaltensregeln für die Regierungen der OECD-Mitgliedstaaten.“ Das Endziel besteht darin, „den internationalen Kapital- und Dienstleistungsverkehr von sämtlichen Einschränkungen zu befreien [...]“

Standstill

Bestehende Vorbehalte gegen eine Liberalisierung

“dürfen nur teilweise oder gänzlich aufgehoben, nicht jedoch erweitert oder neu hinzugefügt werden. [...]

Einmal aufgehobene Beschränkungen können nicht wieder eingeführt werden. [...] es kann nur eine

Entwicklung in Richtung einer weiteren Liberalisierung erfolgen (so genannter "Ratchet Effect", d. h.

Sperrklinkeneffekt).“ (OECD-Kodizes, Kurzfassung, 2003



"Hilfe, ich werde enteignet!"

"Hilfe, ich werde enteignet!" -

Abkommen schützen Auslandsinvestitionen

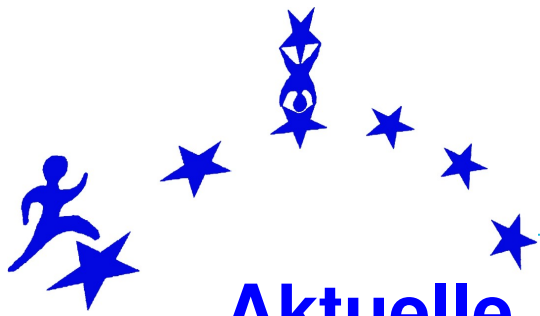
<http://www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/trade,did=155012.html> 29.08.2011

Ratgeber für deutsche Investoren im Ausland und ausländische Investoren in Deutschland der bundesdeutschen Agentur "German Trade and Invest" – bezahlt von unseren Steuergeldern!

Deutschland hat 130 Investitionsschutzabkommen abgeschlossen!

Als politische Risiken für Investoren werden angeführt:

- Enteignung und Verstaatlichung,**
 - Regulatorisches Handeln,**
 - Vertragsbruch bzw. -kündigung,**
 - Widersprüchliches und intransparentes Handeln,**
 - Unruhen und Bürgerkrieg,**
 - Währungsrisiken**
-



"Hilfe, ich werde enteignet!"

Aktuelle Beispiele für Investor-Staat-Klagen:

(1) Vattenfall fordert von der Bundesregierung 3,7 Mrd Euro Schadensersatz wegen des Atomausstiegs.

(2) Argentinien wurde von mehr als 40 Klagen überzogen, weil es die Preise für Wasser und Energie im Zuge der Krise 2001 eingefroren hatte und seine Währung abgewertet hatte. Die geforderte Entschädigungssumme betrug mehr als 1 Mrd USD.

(3) Kanada wurde im Rahmen des NAFTA von einer US-Energiefirma auf 250 Millionen USD Schadensersatz verklagt, weil es wegen Umweltschutzbedenken ein Moratorium für Fracking verhängt hatte.



"Hilfe, ich werde enteignet!"

Aktuelle Beispiele für Investor-Staat-Klagen:

(4) Die Slowakei musste 2012 an einen holländischen Versicherer 22 Millionen Euro an Entschädigung zahlen, weil das Parlament die Privatisierung im Gesundheitswesen rückgängig gemacht hatte.

(5) Chevron hofft auf das TTIP, um Entschädigungsforderungen von Ecuador in Höhe von 18 Mrd USD für die Verseuchung des Amazonas-Regenwaldes durch Ölbohrungen abzuwehren.

Quelle: A transatlantic corporate bill of rights. Hrsg. Von CEO, S2B, TNI, Oktober 2013

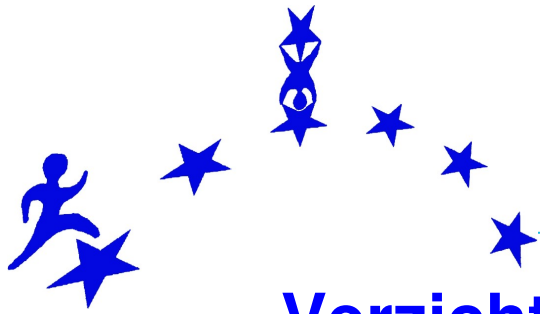


"Hilfe, ich werde enteignet!"

"Schiedsklausel. Nach Möglichkeit sollte anstelle der Wahl nationaler Gerichte eine Schiedsklausel vereinbart werden. Dies sichert ein neutrales Verfahren.

Es ist jedoch darauf zu achten, dass - nach Möglichkeit - keine Schiedsinstitution des Gastlandes gewählt wird und das Schiedsverfahren im Ausland stattfindet. So wird vermieden, dass nationale Gerichte des Staates (die aufgrund des Sitzes zuständig wären) Kontrolle über das Schiedsverfahren ausüben können.“

<http://www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/trade,did=155012.html> 29.08.2011



"Hilfe, ich werde enteignet!"

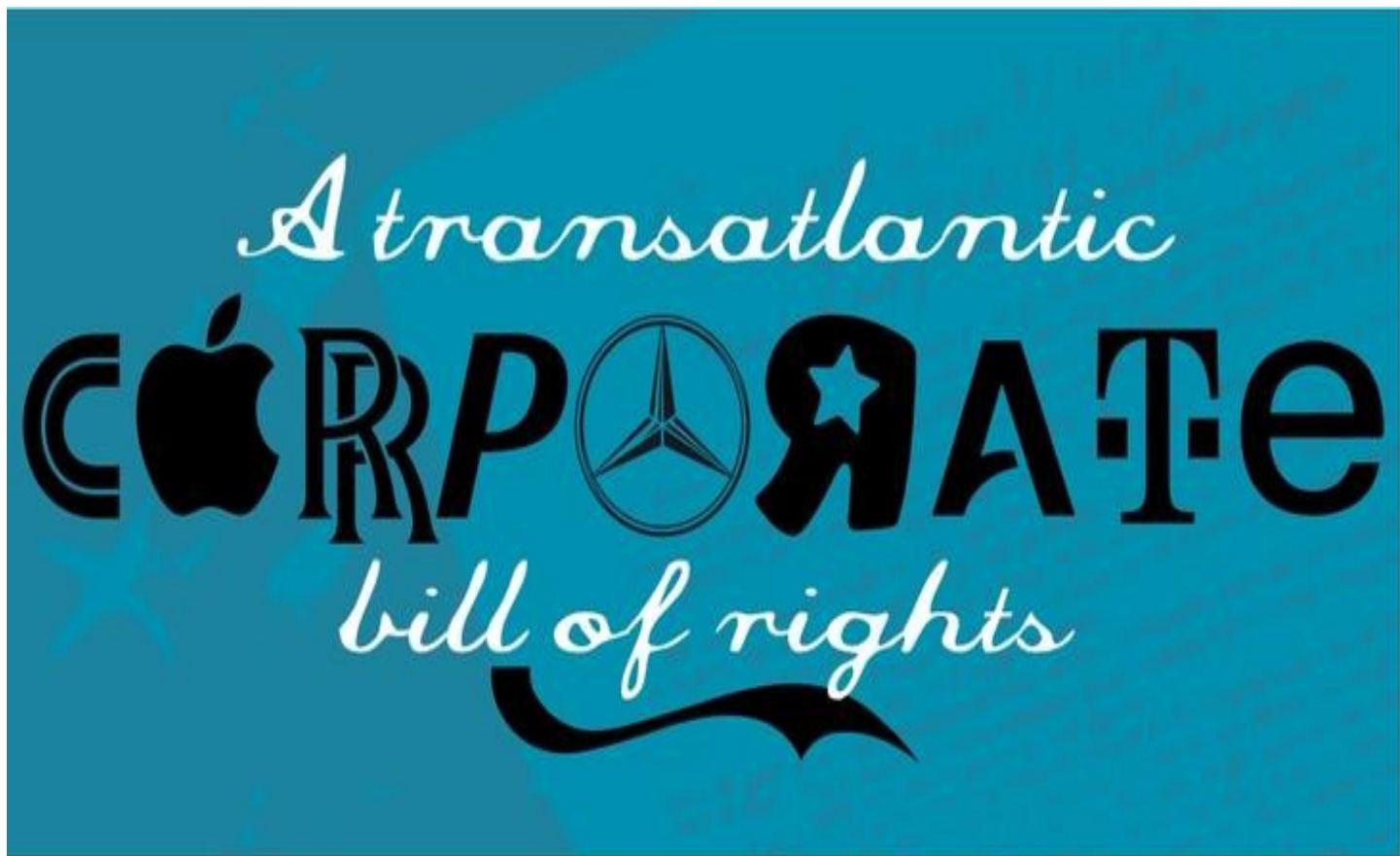
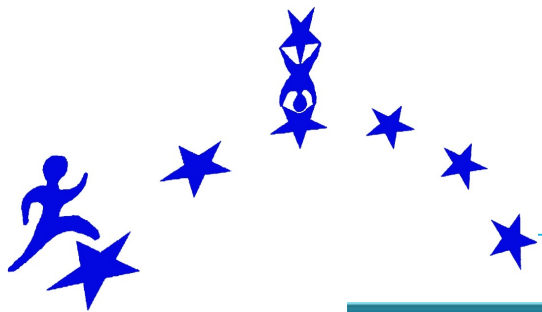
„Verzicht auf die Einrede der Immunität gegen Vollstreckung.

Die Vollstreckung eines Schiedsspruches gegen einen Staat, auch wenn dieser auf einem Investitionsschutzabkommen basiert, kann aufgrund der grundsätzlichen Immunität eines Staates gegen Vollstreckung in hoheitliches Eigentum scheitern.

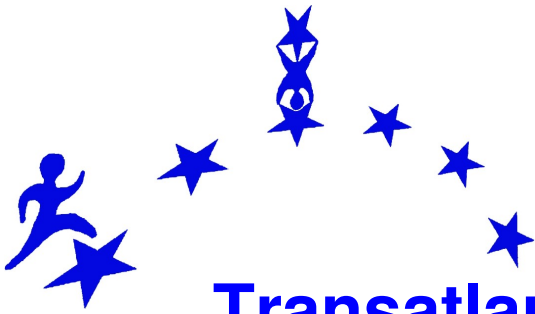
Durch einen ausdrücklichen Verzicht wird dem Staat diese Möglichkeit genommen und die Möglichkeit der Vollstreckung gesichert. "

(S. 20)

<http://www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/trade,did=155012.html> 29.08.2011



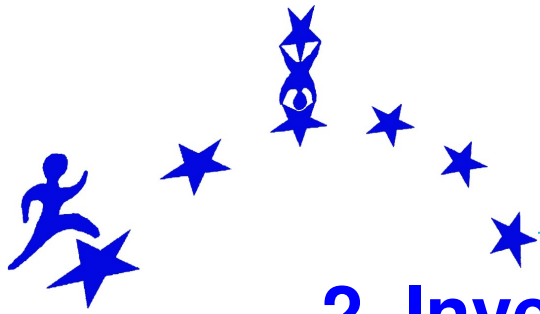
Quelle: <http://corporateeurope.org/trade/2013/10/updated-transatlantic-corporate-bill-rights-investor-privileges-eu-us-trade-deal>



Transatlantic Trade and Investment Partnership

1. Intransparente und undemokratische Verhandlungsführung

- EU-Handelspolitik liegt in alleiniger Zuständigkeit der EU-Kommission seit Vertrag von Lissabon 2009
- Das vom EU-Minister-Rat erteilte Verhandlungsmandat wurde als Verschlussache eingestuft.
- Die Verhandlungen finden unter Ausschluss von Öffentlichkeit und Parlamenten statt.
- Das "Office of the US Trade Representative" (USTR) legt seine Handelsposition ebenfalls gegenüber dem US-Kongress nur zögerlich offen
- Joseph Stiglitz warnt: „Amerikas Verhandlungsführer machen keine Gefangenen“



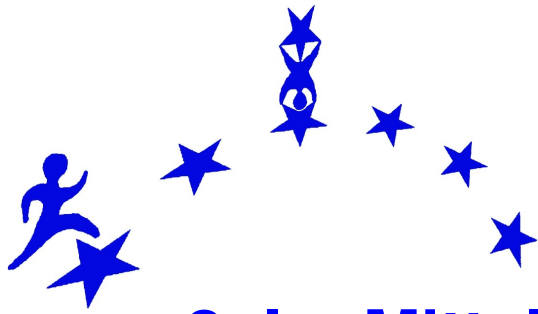
2. Investitionsschutzabkommen Teil von TTIP

„Industry will oppose any deal in which investment protection is traded off against public policy objectives, including human and labour rights“

(Pascal Kernels, European Services Forum ESF)

„the dangers of the unneeded social, environmental and 'right to regulate' provisions the European Parliament seeks“ have to be avoided.

(Peter Chase, US Chamber of Commerce in Brüssel)

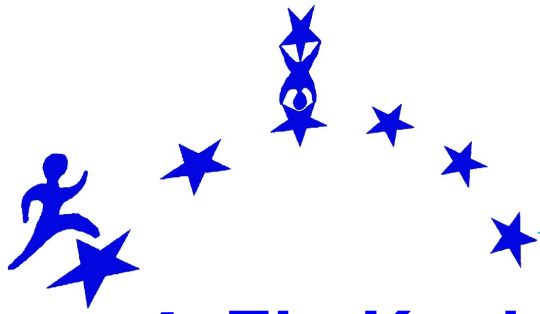


3. Im Mittelpunkt steht der Abbau nicht-tariffärer Handelshemmnisse durch Harmonisierung sowie die gegenseitige Anerkennung von Standards.

Zu Regulierungen zählen:

- Zulassungsverfahren - Kennzeichnungspflichten**
- „technische Verfahren“ (bspw. Chlorbehandlung, Wachstumshormone in der Tierzucht, Genveränderung)**
- Steuern (bspw. FTT)**
- Aufsichtsregeln**
- Arbeitsrecht + Sozialpolitik**
- öffentliches Eigentum**

- Verbote sind eine Todsünde!**



4. Ein Kapitel zum öffentlichen Beschaffungswesen ist geplant

=> öffentliche Ausschreibungen müssen auch US-Investoren Zugang gewähren (Nichtdiskriminierung)

=> Bevorzugung lokaler oder regionaler Unternehmen ist verboten

=> im Zusammenhang mit Verboten nicht-tariffärer Handelshemmnisse könnten ökologische oder tarifliche Vorgaben (Tariftreue) unterlaufen werden.

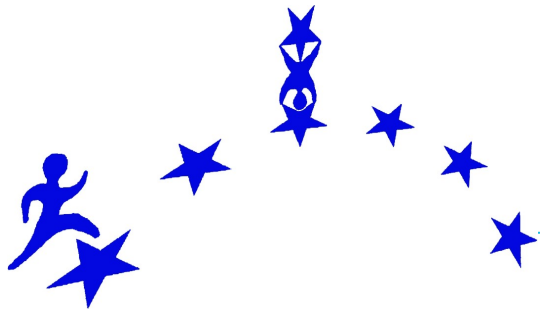


5. Gesundheitliche und ökologische Vorsorge zählt als Handelshemmnis

Statt Vorsorge werden bei negativen Folgen für Gesundheit und Umwelt nur „neue wissenschaftliche Erkenntnisse“ anerkannt.

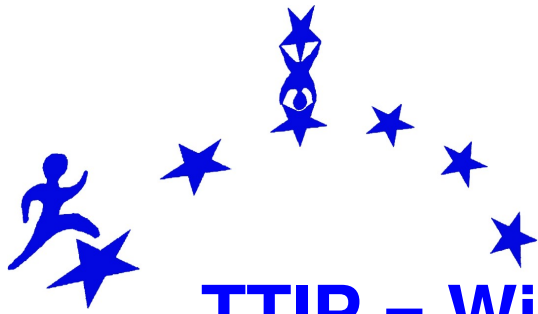
Die in einem Wirtschaftsraum als sicher geltenden Produkte und Verfahren sollen in dem anderen automatisch auch so behandelt werden.

=> Gefahr für Moratorien oder Verbote bzgl. bestimmter Chemikalien, GVO und Fracking



6. Agrarsektor als Bestandteil des TTIP

- Gefahr der Zerstörung kleinbäuerlicher Landwirtschaft und regionaler Versorgungsstrukturen**
- Gefahr für Kennzeichnungspflichten**
- Gefahr für GVO-freie Ernährung und Fütterung**



TTIP = Wirtschafts-NATO:

“Mit der TTIP ist es uns jetzt möglich, ein transatlantisches Abkommen zu etablieren, das gleichsam einer den Atlantik überspannenden vertraglichen Klammer neben die NATO tritt, die in einem anderen Bereich diese Funktion bereits ausfüllt. Mit einiger Berechtigung möchte ich bereits jetzt von einer Wirtschafts-NATO sprechen. „

Rede von Peter Beyer, MdB CDU, 14.6.2013

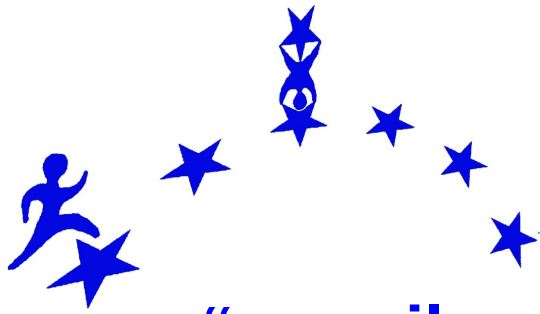
http://www.cducsu.de/Titel__unglaubliche_chancen/TabID__1/SubTabID__2/InhaltTypID__2/InhaltID__26075/inhal
(Abruf 20.10.2013)



Und bist du nicht willig, ...

„Die Mission des amerikanischen Militärs besteht heute darin, die Kluft zwischen den an die internationalen Finanzströme angeschlossenen Ländern und dem Rest zu schließen. Alle Regionen, die nicht mit der von der amerikanischen Wirtschaft dominierten Globalisierung verbunden sind, stellen also ein eindeutiges Sicherheitsrisiko und mithin einen Fall für unsere Streitkräfte dar.“

(Thomas P.M. Barnett, Professor für Militäranalyse am U.S. Naval War College, zit. Nach Krysmanski, 0,1 %, S. 28)

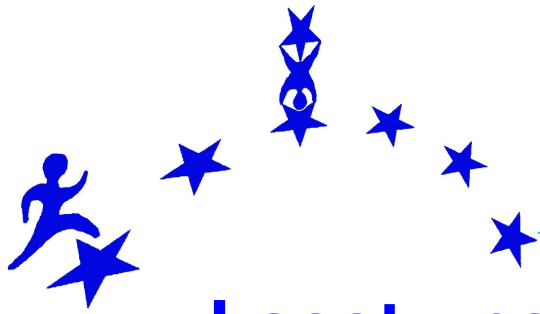


Und bist du nicht willig, ...

“... weil es fast nur in Europa das gibt, was die besondere Nähe zu Amerika ausmacht: die Kombination von liberaler Demokratie und Marktwirtschaft. ...

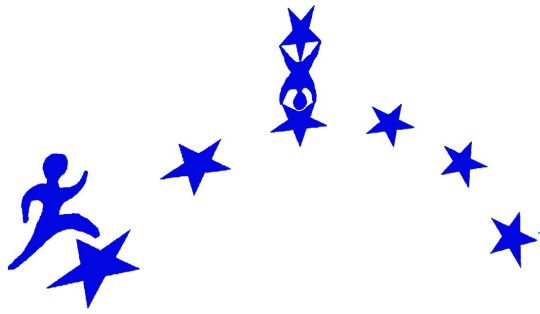
Dieses Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell offensiv zu vertreten, ist eine transatlantische Gemeinschaftsaufgabe.“

(Michael Rühle, Politikstrategie der NATO, 24.2.2009)



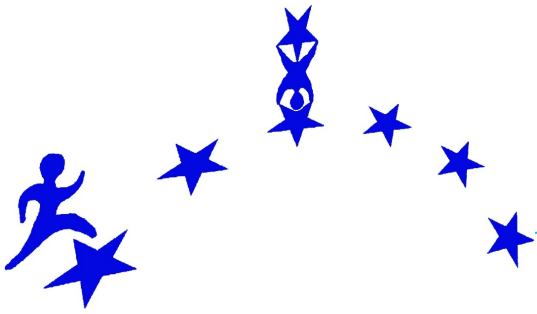
**Lasst uns den Erfolg der Kampagne gegen das
Multilateral Agreement on Investments (MAI) von
1998 wiederholen!**

- Breiten Widerstand von Betroffenen organisieren
(Gewerkschaften, Attac, Kirchen, Umweltgruppen,
Kleinbauernverbänden, ...)**
- Abgeordnete und Minister im Land, Bund und auf
EU-Ebene anschreiben, aufklären, auffordern**
- 7.11.2013 Attac Bundesbüro
TTIP-Kampagnen-Treffen www.attac.de/ttip**
- Europawahl nutzen**



„Die fast unlösbare Aufgabe besteht darin, weder von der Macht der Anderen, noch von der eigenen Ohnmacht sich dumm machen zu lassen“. (Theodor W. Adorno)

▪



„Wir stoßen in der Geschichte unfehlbar auf die Gleichgültigkeit, sobald wir von der Erforschung der Taten zur Untersuchung der Zustände übergehen. Jeder Machtherrschaft ist sie stets die sicherste Stütze, der verlässlichste Schutz gewesen. Nur in den seltenen Augenblicken, da die Gleichgültigen in Bewegung geraten sind, ist der Machtapparat zum Teufel gegangen“.

Manes Sperber: Wie eine Träne im Ozean, S. 39

